

Teichner Volksbote

Anabhängiges Organ.

Nr. 49.

Erhältlich bei allen Zeitungsverkäufern.
Einzelnnummer 20 Heller.
Zustchriften für die Redaktion und Administration: Währ., Dörfner, Hofgasse 10.

Sonntag, 9. Mai 1920.

Interate billigt nach anliegendem Tarif.
Anzeigenannahme durch die „Allgemeine Anzeigen-Expedition, Ges. m. b. H.“, Währ., Dörfner, Handelsbankgebäude.

Erscheint
Donnerstag und
Sonntag.

Der böse Nachbar.

F. K. Teichner, 8. Mai.

Herr Dr. Benes, der Minister des Auswärtigen der tschechoslowakischen Republik, wird sich abermals nach Paris begeben. So berichtet gestern kurz und knapp eine halbamtliche Prager Meldung und es ergibt sich nun die Frage, auf welche bedeutenden Ereignisse diese immerhin überraschende Reise zurückzuführen ist. In der Außenpolitik der Tschechoslowakei hat sich nichts ereignet, was irgendwelche Fühlungsnahme mit den maßgebenden Zentren der Geschichte Europas notwendig machen würde. Die von Prag aus verfolgte diplomatische Taktik zeichnet sich aus durch absolute Ehrlichkeit, größte Zurückhaltung und unbedingte Loyalität. Die Tschechoslowakei lebt, so weit es auf ihren eigenen guten Willen ankommt, mit allen Nachbarn in freundschaftlichen Einvernehmen, irgend eine Raub- oder Eroberungspolitik wird nach keiner Richtung hin in Erwägung gezogen, das ganze Bestreben der Prager Regierung konzentriert sich nur darauf, die junge und so vielversprechend ins Leben getretene Republik innerlich zu konsolidieren und ihr nach außen hin durch ernste Friedensarbeit die Sympathien der ganzen Welt zu sichern. Freilich, — eine Sorge bedrückt auch die klugen, vorsichtigen und so faubert zu Werke gehenden Prager Machthaber und man fühlt sich da unwillkürlich erinnert an das banale, aber doch sehr lebenswahre Sprichwort: Es kann der beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Erfahrung will nicht jeden Tag neue peinliche Überraschungen? Sucht nicht unser böser Nachbar, das Polentum, in der verwegendsten Weise die Ruhe und Ordnung, die Sicherheit und den Frieden unseres Landes zu stören? Vor kurzem erst wurde festgestellt, daß Polen an

den des Plebiszitsgebietes eine große Armee zu konzentrieren beginnt, deren Vorrückungsziele sich ganz zweifellos in der Richtung der Tschechoslowakei bewegen! Es ist heute schon längst kein Geheimnis mehr, daß Polen allen Ernstes zu einem Kriege mit der tschechoslowakischen Republik sich rüstet, zumindest aber ist man in Krakau und Warschau fest entschlossen, gegen das fraglos für Polen ungünstige Ergebnis des Plebiszits mit den Waffen in der Hand zu rekonstruieren. Polen will keine friedliche Auseinandersetzung, Polen will keine konsequente Durchsetzung des Volkswillens der tschechoslowakischen Bevölkerung, Polen sucht in der provokantesten Weise den offenen Konflikt, denn es ist sich vollkommen klar darüber, daß es keine kühnere Raubpolitik mit friedlichen Mitteln nicht wird durchsetzen können. Wie kühn und verwegend die polnische Taktik sich anstellt, das zeigt ja jetzt in diesen Tagen die große polnische Offensive gegen Rußland und der Einmarsch der polnischen Armee weit hinein in das Gebiet der Ukraine. Wissen nicht die strategischen Experimente und die ganz Osteuropa in Atem haltende Rauferei des Polenstaates überall zu den schwersten Besorgnissen Anlaß geben?

Für Polen bedeutet der neue Krieg ein Wagnis, das die gefährlichsten Verwicklungen bringen kann. Polens Programm ist ein weißliegender Imperialismus, und es ist im Grunde eine Geisteskrankheit der Staatsleiter der Entente, daß sie diesen neugegründeten, jetzt schon wirtschaftlich schwer mitleidenden Staat, anstatt ihn an innere aufbauende Arbeit zu weisen, als den Gehund der französischen Politik sich in immer neue unabsehbare Abenteuer stürzen zu lassen. Von allen den neu geschaffenen Staaten ist Polen bei weitem der größte. Es umfaßt, soweit man das nach den noch nicht ganz feststehenden Grenzen schätzen kann, heute schon etwa 25 Millionen Menschen. Sein Ehrgeiz verlangt Ost- und Oberschlesien, weitere große Teile West- und Ostpreußens und weite Gebiete Litauens, Weißrusslands und der Ukraine. Fallen ihm diese zu, dann wird es etwa 35 Millionen Einwohner zählen, von denen aber noch nicht die Hälfte Polen sind. Es will die beherrschende Macht des Ostens und vielleicht auch der Mitte werden, ein Großmacht, der an Bevölkerung und Ausdehnung nicht hinter Italien und Frankreich zurückstünde, der aber weder die innere nationale Geschlossenheit noch wirtschaftliche Festigkeit hätte, um sich zu behaupten. Dieser expansive Drang Polens nach Land und Waffengewalt unter Vernachlässigung seiner inneren Bedürfnisse entbehrt seiner Geschichte, aber ein Segen kann daraus in dem Jahrhundert des Völkerbundes noch weniger erwachsen als er ihm in den Zeiten der Jagellonen, der Habsburger und Wettiner erwachsen ist.

Der Anfang der Offensive läßt sich für Polen günstig an. Das kann aber sehr irre führen. Auch Denikin und Koltschal standen im Sommer vorigen Jahres tief im Herzen Rußlands. Aber auch wenn der Sieg den Polen freibleibt, ist es sehr fraglich, ob sie Sowjetrußland zu einem

Alle polnischen Butschpläne enthüllt!

Wie Oberschlesien mit Waffengewalt von den Polen „erobert“ werden sollte.

Aus Deuthen in Oberschlesien melden Berliner Blätter folgende sensationelle Enthüllungen:

Hier sind neue Warschauer Geheimbefehle gefunden worden, die deutlich bekunden, daß Oberschlesien mit Waffengewalt vom Deutschen Reich losgerissen werden soll. Am 12. April wurde in einem Geheimbefehl vom „Komitee zum Schutze Schlesiens“, Organisationsabteilung Nr. 402/20 H, zu einem Gewaltstreik aufgerufen, um eine Vereinigung Oberschlesiens mit Polen herbeizuführen. Die interalliierte Kommission müßte von „der Existenz geheimer deutscher Organisationen überzeugt“ werden und im Falle von Unruhen müßten die Polen auf Seiten der Koalition stehen.

Weiter heißt es:

„Bei dieser Gelegenheit muß die Oberbefehlshaber erklären, daß die Polen weder Waffen noch Munition haben, daß aber alle polnischen Sportvereine sich mit den alliierten Truppen vereinigen werden, wenn ihnen Waffen und Munition zur Verteidigung Oberschlesiens geliefert werden. Dadurch verschleiern wir die Existenz unserer geheimen Waffen- und Munitionslager und die Deutschen werden keine Beweise dafür haben, daß der Aufstand von unserer Seite organisiert worden ist.“

Zur Ausführung dieser Ziele befehlen wir, gemäß unserer Veranlassung in Polen, nachstehende Einzelheiten:

1. Die sofortige Mobilisation von acht

oberschlesischen Kreisen unserer Militärorganisation, nämlich Deuthen, Ratibitz, Königshütte, Gleiwitz, Zabrze, Myslowitz, Oppeln und Rybnitz.

2. Vor Beginn der Unruhen benachrichtigt die dortige Oberbefehlshaberstelle sofort das Kommando des polnischen Heeres jenseits der Grenze und erhält von demselben militärische Unterstützung.

3. Die Pläne zur Besetzung der öffentlichen Gebäude wie Rathäuser, Postämter usw. arbeitet das dortige Oberkommando nach den örtlichen Verhältnissen für jeden Kreis besonders aus.

4. Pflicht ist es, für den Angriff und die Entwaffnung der Sicherheitswehr und Marinebrigade einen eingehenden und genauen Plan auszuarbeiten.

5. Zur Durchführung unseres Umsturzes treffen dieser Tage Offiziere des polnischen Heeres und Organisatoren des Generalkommandos der P. O. W. aus Warschau ein.

6. Die Kommandanten unserer Organisation kleiden sich bei der Mobilisation in Uniform französischer Offiziere, damit in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß das oberschlesische Volk sich freiwillig zur Verteidigung seines Landes in die Reihen der interalliierten gestellt habe und mit den Deutschen nichts zu tun haben will.

7. Sämtliche telegraphischen und telephonischen Hauptverbindungen mit Deutschland müssen zur gegebenen Zeit sofort abgebrochen werden.

Grabski's Finanz-Manöver.

Das Ergebnis — 12 Milliarden Defizit!

„Sonier Krakow“ kritisiert schonungslos die neugegründeten Manöver des polnischen Finanzministers Grabski, über dessen Budgetpolitik das Blatt folgendes schreibt:

Der Finanzminister Grabski hat dem Landtagspräsidenten einen Finanzierungsplan für die verfloßene Budgetperiode vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1920 und einen Finanzwirtschaftsplan für die nächste Budgetperiode vom 1. April bis 31. Dezember 1920 vorgelegt.

Der Finanzierungsplan für den verfloßenen Zeitabschnitt enthält Zahlen, die vom jetzigen Finanzminister im Februar v. J. besprochen wurden. Dieser Plan besagt heute schon keinen aktuellen Wert mehr. Als einzige reale Folge dieses Abschnittes ist nur das

Defizit von über 12 Milliarden Mark

anzusehen, das zum bedeutenden Teile durch eine Notenemission der Darlehensklasse gedeckt worden ist und zugleich eine der Ursachen der Entwertung unserer Valuta und der Teuerung ist.

Wollen wir jetzt zum finanzwirtschaftlichen Entwurf für die nächste Periode übergehen. Es ist eine Ausarbeitung, die in vieler Hinsicht Beachtung verdient, sowohl

wegen der zahlennmäßigen Zunahme der Staatsausgaben in den nächsten neun Monaten, als auch wegen der ungewöhnlich kleinen Einnahmen, diese Ausgaben zu decken.

Mit welcher großen Schritten die Teuerung sich vorwärts bewegt, und wie erschreckend das

Sinken der polnischen Valuta

ist, beweist die Summe der Ausgaben, die eine Höhe von 47,5 Milliarden Mark erreicht haben und die für die Dauer der nächsten 9 Monate präliminiert worden sind. Ein Vergleich zwischen der Summe dieser Ausgaben und der Zahl des vorigen Zeitabschnittes, der mit der Summe von 15 Milliarden Mark abgeschlossen wurde, beweist, daß die Staatsmaschine in den folgenden neun Monaten fast dreimal teurer arbeiten wird als in der vorhergehenden Periode. Angesichts dieser so hohen Summe ist das Bestreben des Ministers Grabski um so lächerlicher, als er durch ordentliche und außerordentliche Einnahmen des Staates den Betrag von fast 50 Milliarden Mark vollkommen decken will.

Seine Ansichten über die Wege, die zu einem Gleichgewicht des Budgets führen sollen, hat Herr Grabski schon zweimal in Plenarsitzungen des Landtages dargelegt. In

Frieden zwingen können, der die Grenzen Ostlands vor die Tore von Smolensk setzt und Kiew unter polnische Botmäßigkeit bringt. Schon appelliert die Moskauer Regierung an die nationalen Instinkte. Der Ruf wird nicht vergeblich sein, und vor Napoleon hat schon König Sigismund August in Moskau umkehren müssen. Keine es aber zu einem Rückgang, so würde wirklich die bolschewistische Gefahr für ganz Europa, zunächst für Mitteleuropa buchstäblich vor der Tür. Wir sind auch dann noch keineswegs sicher, daß der Bolschewismus eine Art heiligen Krieges machen würde, aber man wüßte nicht, wozu die Hypothese etwaiger Waffenfolge die rote Armee führen könnte. Dann dürfte die Entente Polen nicht im Stich lassen, und wir hätten alsdann die Schrecken eines neuen schweren Krieges vor uns. Das ist ganz lässig und absolut sachlich beurteilt, der Stand der Dinge im Osten und man kann es nun ganz gut begreifen, daß ein so weitblickender, vorsichtiger und kritisch veranlagter Politiker wie Dr. Benes es gerade in diesen ernsten Tagen als seine Pflicht betrachtet, nach Paris zu reisen und dort mit den führenden Männern zu sprechen. Hoffen wir, daß es ihm gelingt, die

maßgebenden Faktoren von der Verantwortlichkeit der polnischen Taktik und von der Gefährlichkeit des polnischen Spieles mit dem Feuer zu überzeugen. Wenn Dr. Benes auch gar nichts anderes durchsetzt, als daß zumindest den berechtigten und so maßvollen Ansprüchen der Tschechoslowakei besser Rechnung getragen wird, wenn der Erfolg seiner Reise nur wenigstens in einer Systemänderung bezüglich Ostschlesiens zu finden sein wird, hat sich die Fahrt des tschechoslowakischen Außenministers nach Paris schon reichlich gelohnt. Nicht etwa bloß für die Tschechoslowakei, sondern auch für uns, denn dann wird es eben doch gelingen, bei der Abstimmlung der Willen des Volkes durchzusetzen und hierdurch Ostschlesien von der Preisgabe an Polen und somit vor seinem sicheren Ruin zu bewahren. Wir haben also alle Ursache, die gewiß sehr bedeutsame Reise des Herrn Dr. Benes und dessen Intervention in Paris mit dem größten Interesse zu verfolgen. Von dem Gelingen seines Unternehmens hängt unsere künftige friedliche Zukunft ab, seine Mission gilt offenbar den dunklen Plänen unseres unerträglichen Nachbarn.

Der polnische Antisemitismus und seine Wirkung auf das Plebiszitgebiet.

Warnungen eines freisinnigen Warschauer Blattes.

Der in Warschau erscheinende „Nasz Kurjer“ ein freisinniges Blatt, nahm dieser Tage in sehr unzweideutiger Weise zu der in ganz Polen verbreiteten antisemitischen Bewegung Stellung und warnte die polnische Regierung eindringlich vor den Wirkungen der Judenhege im schlesischen Plebiszitgebiet. Natürlich werden die Warnungen dieses polnischen Blattes keinen Erfolg haben, denn der blinde Hass der Polen ist Verstandeslosigkeiten nicht zugänglich. Ihr uns Offizier ist aber gleichwohl interessant, was das Warschauer Blatt zu dieser Sache sagt. Der „Nasz Kurjer“ schreibt nämlich folgendes:

„Es naht die Zeit, wo das Ergebnis der Volksabstimmung über den Wohlstand und über das Bestehen des polnischen Staates entscheiden soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nichts anderes, als nur die freie Selbstbestimmung über das Schicksal der Ostgebiete entscheiden wird. Indessen wird nichts Wesentliches getan, um die Bevölkerung dieser Gebiete für Polen zu gewinnen. Zwar befaßt sich mit dieser Angelegenheit gewisse Vereine, aber diesen scheint es zu genügen, daß sie Polen zur Veranstaltung von Versammlungen, Verbreitung von Broschüren heranziehen, oder durch etwas Mehl und Speck, daß sie unter der Bevölkerung der Abstammungsgebiete verteilen, begnügen werden.“

Die Nationalität dieses Systems ist offensichtlich. Die sechs Kriegsjahre sind nicht ohne Einwirkung auf die Erfahrung und die Erweiterung des Gesichtskreises der Bevölkerung jener Länder vorübergegangen, so daß das Spekulieren mit dem Anstehenden immer mehr trübt. Man darf nicht vergessen, daß auch die andere Seite agitiert, mit nicht minder überzeugenden Argumenten operiert. Nicht mit abstrakten Worten, sondern mit konkreten Taten muß man vorgehen.

Unter der Bevölkerung, die man für den polnischen Staat gewinnen will, nehmen die Juden nicht den letzten Platz ein. Schon in den beiden schlesischen Ländern ist ihr Einfluß nicht unbedeutend. Im Teschener Schlesien ist die Zahl der Juden zwar nicht groß, aber bei einer gleichen Zahl polnischer und jüdischer Anhänger können sie die Rolle der Zunge bei der Waage spielen. In Oberschlesien gehören die Juden zu der gebildeten und vornehmsten Klasse, also einer Klasse, die einen großen Einfluß besitzt. Noch größer ist ihr Einfluß in den östlichen Ländern. Selbst handeln die polnischen Chauvinisten so, als wenn es ihnen darum ginge, die jüdische Bevölkerung von sich zu stoßen, statt sie für den polnischen Staat zu gewinnen. Ganz besonders verwerflich ist die Politik bezüglich der Staatsangehörigkeit. Als „Fremde“ werden Personen angesehen, die aus jenen Gebieten stammen, die für den polnischen Staat gewonnen werden sollen. In weiterer Folge rächt sich die antisemitische Politik, die nicht nur die Juden, sondern auch die Nichtjuden als den Ausfluß der religiösen und nationalen Ausgrenzung ansehen, die sich dem Geiste der Freiheit und der Duldung von Andersgläubigen und Fremdstämmigen widersetzt.

Über nicht nur im Zentrum des Staates, sondern auch in den Grenz- und Abstammungsgebieten wird gegen die Juden gehetzt. Im Teschener Lande erscheint eine Zeitschrift „Tygodnik Wiekli“, die die mittelalterliche verurteilende Legende von dem Ritualmord verbreitet, wobei sie sich wahrscheinlich für sehr patriotisch hält, ohne sich jedoch darüber Rechenschaft zu geben, ob sie auf diese Weise die Juden von Polen abstößt, sondern auch die aufgeklärten Christen, welches sie ebenso wie das Land, das sie auf das Beste empfehlen sollten, kompromittiert.

Sollte man sich über einen jüdenfeindlichen privaten Redakteur wundern, wenn Korrespondenten der antisemitischen „Polnischen Telegraphen-Agentur“ ebenfalls aus den Abstammungsgebieten auf demselben Standpunkte stehen? Dieser Tage teilte der Korrespondent der P. T. A. aus Beuthen mit, daß die deutschen Zeitungen lägenhafte Nachrichten über die Lage an der polnischen Front bringen. Es müßte scheinen, daß diese Mitteilung mit dem Judentum nichts gemein hat. Der Korrespondent fügt aber gleichzeitig hinzu, daß diese Zeitungsnachrichten von bolschewistischen Agitatoren herrühren und von Juden getragen werden, die gleichzeitig auch Söldner sind. Die Bevölkerung Oberschlesiens, auf die es hauptsächlich ankommt, besteht hauptsächlich aus Arbeitern, einem Element, das den Unterschied zwischen einem kleinbäuerlichen Söldner und einem proletarischen Bolschewisten sehr gut kennt, so daß diese amtliche Lüge eher abstoßend, als anziehend wirkt.

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß man in Polen aufhört, sich von blinden Instinkten leiten zu lassen und öndliche Staatsvernunft annimmt, selbst dann, wenn die jüdische Frage im Spiel ist.“

So weit das Warschauer Blatt. Gewiß ist das alles, was der „Nasz Kurjer“ sagt, ganz zutreffend. Aber man kennt ja auch die polnische „Schlichkeit“ und weiß daher, wie diese, der Juden sich annehmende Menschenfreundlichkeit zu beurteilen ist. Es handelt sich dem Artikelverfasser eben nur um die jüdischen Stimmen zum Plebiszit. In dieses Vorurteil und haben die Juden ihre Schuldigkeit zu

bleiben Neben wies er darauf hin, daß die Steuern und Abgaben an den Staatsschatz in den polnischen Ländern kaum das Dreifache der vorkriegszeitlichen Steuern und Abgaben betragen, was bei dem ungeheuren Sinken der Valuta eine ungewöhnlich niedrige und den heutigen Verhältnissen nicht entsprechende Besteuerung der Bevölkerung bedeutet. Damals erklärte er auch, daß es die erste Aufgabe des Finanzministeriums sein wird, die bisher bestehenden Steuersätze zu erhöhen und neue zu bilden. Die durchschnittliche Erhöhung der Sätze, die den Anforderungen der Staatsmaschine entspricht, würde auf Grund des Entwurfs des Ministers Grablki die

vierfache Summe der bisherigen Steuern

betrügen. Als die wichtigsten Steuern, die bei der geplanten Reform in Betracht kommen, nannte er damals die Abgabe von Kriegsgewinnen, Erbschaften, vom Abgaben-Einkommen. Letztere ist die Fortschrittlichste. Das ehemalige Kongresspolen hat vor diesem überhaupt nichts befehen. Es treten noch hinzu die Bodensteuer und noch einige andere Steuern. Auf diese Weise hofft der Finanzminister in den nächsten 9 Monaten neben den ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen in der bisherigen Höhe, (3 Milliarden Mark) eine Mehreinnahme von 4.5 Milliarden Mark zu erzielen.

Offenbar steht die Mehreinnahme von 4.5 Milliarden Mark, die auf dem Wege der Steuerreform einschließlich der normalen Einnahmen in Höhe von 3 Milliarden Mark erlangt wird, in keinem Verhältnis zu dem Betrage von 50 Milliarden Mark der Ausgaben. Diese ungeheure Lücke beabsichtigt der Finanzminister durch innere und äußere Anleihen auszufüllen.

Bis zu Ende des laufenden Jahres hofft Herr Grablki auf dem Wege der Emission einer (kurz und langfristigen) Anleihe 11 Milliarden Mark zu erzielen. Er gedenkt dabei etappenweise vorzugehen, mit einer freiwilligen lang- und kurzfristigen Anleihe in Höhe von 6 Milliarden zu beginnen und weiter der Gesellschaft eine Zwangsanleihe in Höhe von 5 Milliarden aufzuerlegen. Endlich beabsichtigt er vierprozentige Villetts im Betrage von 2 Milliarden Mark herauszugeben. Noch bedeutendere Ergebnisse hofft der Minister von der amerikanischen Dollaranleihe zu erlangen. Die von ihm aus dieser Quelle vorgesehene Summe erreicht den Betrag von 15 Milliarden Mark. Endlich soll ein Warenkredit den fehlenden Rest ausfüllen.

Ein Vorzug seines wirtschaftlichen finanziellen Planes ist sein Bestreben, um jeden Preis ein Gleichgewicht des Budgets herbeizuführen. Diese Anforderung, die allgemein als die richtigste anerkannt wurde und den Grund-

sätzen einer gesunden Wirtschaftspolitik entspricht, wurde im unabhängigen Polen zum ersten Male im jetzigen Budgetpräliminar gestellt. Ihre Verwirklichung würde in erster Reihe die Folgen haben, daß sie die Bedeutung des Staates nach außen hin heben würde, daß sie den Wert der polnischen Valuta durch die Einprägung der Heberzeugung im Ausland stärken würde, daß die polnische Regierung nach rationalen Grundsätzen der Finanzpolitik zu wirtschaften gedenkt und, was das Wichtigste ist, die Erlangung des Gleichgewichts auf dem Wege, wie ihn Minister Grablki vorschlägt, das

Fallenlassen eines so verderblichen Mittels

bedeuten würde, dessen sich der Staat bisher bei der Deckung seiner Defizite bedient hat, d. h. der ununterbrochenen Emission von Banknoten. Diese letzte Tatsache selbst, ohne die oben erwähnten günstigen Momente zur Herbeiführung eines Gleichgewichtes im Budget, würde genügen, um eine weitere Entwertung der Mark zu verhindern.

Obgleich wir in vollen Maße die Wichtigkeit des Projektes des Herrn Grablki anerkennen, können wir jedoch nicht verschweigen, daß er im einzelnen sehr optimistisch ist und nicht sehr mit den Bedingungen rechnet, unter denen wir jetzt leben. Man muß die Meinung des Herrn Ministers als

allzu optimistisch

ansehen, daß bis zu Ende des laufenden Jahres, also im Laufe von nicht ganz 9 Monaten, gegen 20 Milliarden Mark auf dem Wege von Steuern und Anleihen erlangt werden könnten. Unserer Meinung nach würde dies das Entziehen einer bedeutenden Menge von Kapital zum Nachteil der Gesellschaft bedeuten, das für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates erforderlich ist.

In den oben erwähnten Entwürfen Grablki ist ein radikales Vorgehen, das nicht immer mit Möglichkeiten rechnet, ersichtlich. Der Ministerrat und der Landtag müßten unseres Erachtens nach vor der Annahme dieses Planes die Natur der Ausgaben näher untersuchen und wenn möglich einige Einschränkungen vornehmen. Der polnische Staat hat gegen 50 Milliarden Mark Ausgaben in einem Zeitabschnitt von 9 Monaten. Dies wären im Laufe eines ganzen Jahres ungefähr 70 Milliarden. Bei den Bedürfnissen des Staates dieser Art müssen alle Mittel, die zur Deckung der Ausgaben angewendet werden, sei es eine weitere Emission von Banknoten oder eine dauernde Aufnahme von Anleihen, auf die Entwicklung des jungen wirtschaftlichen Organismus sehr böse Folgen hinterlassen.

Die Leiden der Deutschen in Polen.

Ausschlachtung deutscher Haushaltungen. — Vernichtung der deutschen Schulen. — Vollständige Draufung des Vereinslebens. — Verbot des Bezuges deutscher Blätter. — Die Deutschen Polens versuchen den Tag der Angliederung.

Daß die Deutschen der Provinz Posen mit der Angliederung an Polen schwer zu leiden haben, ist schon wiederholt gemeldet worden. Was aber nun die „Breslauer Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 1. Mai aus Posen zu melden weiß, übersteigt alle Vorstellungen. Deutsche Ostschlesien, selbst diese himmelschreienden Feststellungen und dankt daran, daß es sich nach dem Anschluß an Polen um nichts besser ergeben würde. Die Veröffentlichung des zitierten Breslauer Blattes lautet wörtlich wie folgt:

Aus der Provinz Posen wird uns berichtet:

Am 1. April ist das deutsche Beamtenabkommen abgelaufen und nicht wieder erneuert worden. Nun richten sich die Schikanen schlimmster Art gegen die Beamten, die den polnischen Staat aufbauen helfen. Mitten im Abtransport, auf der Straße, hat man das Hausgerät vieler Beamtenfamilien aus den Eisenbahnwagen ausgeladen, weil die Wagen für Militärtransporte gebraucht wurden. Entgegen den Bestimmungen des Pariser Vertrages, des Beamtenabkommens und den eigenen feierlichen Zusicherungen der Polen sind den Familien Hausgeräte kurzer Hand fortgenommen worden, insbesondere Küchengeräte, wie Wasserkocher, Fleischhackmaschinen u. dergl., mit der Begründung, daß die Ausfuhr von „Maschinen“ verboten sei. Daß von dem ausgeladenen Hausgerät, das oft das einzige Vermögen der Beamtenfamilien darstellt, vieles gestohlen wird, ist selbstverständlich.

Nach der Vernichtung der deutschen Schulen wesen ist jetzt in Ostrowo, Wągrowitz, Pleschisch-Stargard und anderen Orten den Deutschen, entgegen den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages, die Gründung von Privatschulen verboten worden. Auf dem Lande sucht man auf deutschen Gütern die Entfernung der deutschen Beamten, Inspektoren, Wirtschaftler und Ägte durch Aufhebung der polnischen Arbeiterschaft zum Streik zu erreichen und den Besitzer zur Einstellung eines polnischen Beamten zu zwingen. Leider mit Erfolg, da der deutsche Besitzer aus Furcht vor der Enteignung auf Grund der neuen polnischen Agrargesetzgebung den polnischen Forderungen nachgeben muß. In Grätz hat man auf dem gleichen Wege den seit 23 Jahren dort tätigen Brauereimeister Emich der Vereinigten Gräzer Brauereien auf die Straße gesetzt. Der neue polnische Brauereimeister versteht sein Fach nicht und die Brauerei hat den Schaden davon. Um die evangelische Kirche zu schädigen, hat die polnische Regierung etwa 75 Prozent der evange-

lischen Kantoren der Provinz, die im Hauptamt Lehrer sind, gekündigt, darunter auch dem deutschen Lehrer eines reindeutschen Dorfes im Kreise Neutomischel, dessen Schule von etwa 70 nur deutschen Kindern besucht wird.

Deutsche Vereine, wie Gesangsvereine, Lehrervereine und die parteipolitischen Vereine usw. erhalten nicht die Erlaubnis, Mitgliederversammlungen abzuhalten, während der Friedensvertrag den nationalen Minderheiten freies Vereins- und Versammlungsrecht ausdrücklich zugesichert. Die Nichtverlängerung des Beamtenabkommens mit Deutschland hat in einzelnen Kreisgerichtsbezirken geradezu grateske Zustände herbeigeführt. So ist z. B. in Grätz weder ein Richter, noch ein Sekretär, noch ein Anwalt vorhanden. Es können weder Register noch Grundbucheintragen und Auflösungen, noch Wechselproteste stattfinden. Deutsche Genossenschaften werden gezwungen, einen polnischen Vorstand und Aufsichtsrat zu wählen, und Genossenschaften, die größeres Vermögen besitzen, oder finanziell starke wirtschaftliche Unternehmungen anderer Art sucht man zur Liquidation zu drängen, um auf billige Weise in den Besitz der Werte zu gelangen. Der deutschen Zuckerfabrik Koken nötigte man neben dem deutschen einen polnischen Direktor auf. Bei einer anderen Zuckerfabrik, deren Aktien zu fünf Schätzeln in deutscher Hand sind, will man den deutschen Aufsichtsrat entfernen. Den Deutschen im westpreussischen polnischen Korridor werden alle deutschen Zeitungen vorenthalten, ebenso dürfen sie keine Patente, auch nicht innerhalb Polens, verkaufen. Und so geht das fort, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Was hat die deutsche Reichsregierung zum Schutz der vertriebenen deutschen Bevölkerung getan? So gut wie nichts! Man versteht es nicht, daß die Reichsregierung sich nicht endlich zu einer Tat aufrafft, daß sie richtig aussteht, wie Recht und Gesetz, wie die Bestimmungen des Pariser Vertrages von den Polen dauernd mit Füßen getreten werden, daß sie selbst bei solch brutalen Übergriffen, wie die Sperrung des Verkehrs durch den polnischen Korridor „verhandelt“, statt zu energischen Gegenmaßnahmen zu greifen. Jetzt ist die Ausweisung aller Beamtenfamilien, Pensionäre und Witwen und Kinder von solchen, auch von denen, die vor dem Jänner 1908 im Osten ansässig waren, angedroht worden. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen die Deutschen Polens den Tag der Angliederung ihrer Heimat an Polen versuchen!

han, dann braucht man sie nicht mehr und dann wird auch der „Rass Kurier“ sich nicht weiter um die Juden annehmen.

AUS STADT UND LAND

Die Kriegsluft der Polen kennt keine Grenzen.

Polnische Truppen gegen Teschen und Mäh. Ostrau vertrieben. — Drohungen und Siegestrausch. — Die Plebiszittlinie wird durch die Waffen ausgeglichen.

Zur Meldung über die polnische Offensive gegen Rußland fahelot der sozialdemokratische „Duch Casu“:

Obwohl wir weit davon entfernt sind, unserer Republik in irgend ein Abenteuer zu verwickeln und uns gegen jeden Krieg auszusprechen, können wir nicht verschweigen, daß die Polen auch gegen Teschen und Mäh. Ostrau Truppen zusammenziehen. Die Polen wollen auch mit uns Krieg! Es ist notwendig, Ruhe zu bewahren. Alle müssen auf ihren Posten bleiben.

Zu diesen Worten bildet der heutige „Kraukauer Echo“ eine gute Illustration. Das Blatt schreibt: Die Nachrichten über die neuen herrlichen Siege in der Ukraine haben auf Mäh. Ostrau einen deprimierenden Eindruck gemacht. Die Tschechen fürchten, daß es uns möglich sein wird, sobald wir die Dnjeprlinie erreicht haben, dort nur einzelne Wachabteilungen zurückzulassen, weil das polnische Ufer hoch und das russische Ufer niedrig ist und wir hierdurch eine ansehnliche Truppenmacht an die tschechische Front zu verschieben in der Lage sein werden. In diesem Falle helfen keinerlei Plebiszitte, auch wenn sie sich auf die Trugschlüsse des Herrn Mannesville stützen. Wir werden einfach selbst die Plebiszittlinie durch die Stärke unserer siegreichen Waffen ausgleichen.

Soweit das „Kraukauer Blatt“. Wenn aber die Polen glauben, durch verärgerte Drohungen auf die Schlesier Eindruck zu machen, dann irren sie sich sehr. Die Warnung beim Plebiszit ist geheim und mit durch ihre Stimmungsbilder werden die Schlesier ganz unzweifelhaft ihr Urteil abzugeben wissen, wie sie über den polnischen Terzianismus im Allgemeinen und über Schlesiens Anschluß an Polen im Besonderen denken.

Die Waisener in Freikstadt.

Polnischer Raubüberfall auf den Postwagen und öffentliche Verbrennung deutscher Zeitungen.

Aus Freikstadt, 3. Mai, wird geschrieben: Die Freikstädter Polen haben wieder einmal am 1. Mai einen großen Tag. Nicht daß sie in ruhiger Weise den Tag des Proletariats gefeiert hätten, nein sie begannen an diesem Tage mit den Helmen von Jabsunkau zu reitern und ihren ganzen Haß auf den „Ostschlesier“ zu richten. kamen da um ungefähr halb 11 Uhr vormittags ungefähr 20 halbwildliche Burschen vor das Postgebäude mit einem Handwagen gefahren. Vor dem Postgebäude stand der Postwagen und auf diesem befanden sich die letzte Ausgabe des genannten Blattes. Mit Gejohle und Geschrei wurde der „Ostschlesier“ vom Postwagen gestohlen, auf den mitgebrachten Handwagen geladen und im Triumphzug auf den Ringplatz geführt. Dort selbst angekommen, warfen sie die Zeitungen in die ausgetrocknete Zisterne und zündeten sie an. Gejohle und

Geschrei begleitete diese „würdige“ Handlung verheerter Burschen.

So lieferte uns der erste Mai einen neuen Beitrag zur Preßfreiheit, zur Demokratie und zur republikanischen Auffassung der Polen.

Kraukau bleibt nach wie vor ein Seuchenherd.

Der Flecktyphus dehnt sich weiter aus.

In der polnischen Presse finden sich Tag für Tag neue Klagen darüber, daß die polnischen Behörden sich in der so notwendigen Bekämpfung der Epidemien absolut unfähig zeigen, daß aber auch die sprichwörtliche Schlampererei des polnischen Volkes viel zur weiteren Ausbreitung der schon seit Jahresfrist in allen polnischen Städten wütenden Seuchen beitragen.

So konnte man dieser Tage wieder im „Kraukauer Naprzod“ folgende Klage lesen: Der Flecktyphus fordert immer mehr Opfer, und zwar infolge der unhygienischen Verhältnisse, die wir seit längerer Zeit in unserer Stadt haben. Das Präsidium der Stadt schätzt offenbar die Bevölkerung als zu gering ein, da bisher selbst die primitivsten Einrichtungen noch nicht eingeführt wurden, um diese schreckliche Seuche einzudämmen. Tagtäglich erkranken mehrere Personen am Flecktyphus in allen Vierteln der Stadt. Wir appellieren an das städtische Physikat, eine energische Aktion zur Beseitigung dieser schrecklichen Krankheit zu unternehmen. In großem Maße trägt auch die Verhinderung Schuld daran, die in Fällen der Typhuserkrankung dem Physikat keine Mitteilung macht.

Korruption und Mißbräuche ohne Ende.

Ein neuer Rekord. — Polnische Beamte stehlen einen ganzen Waggon Zucker.

Der „Kraukauer „Jasnostawy Kurier Godyenny“ weiß über eine neue Korruptionsaffäre zu berichten, die ein besonders bezeichnendes Licht auf die unerhörte Korruption in Polen wirft. Das Blatt schreibt:

Unter Lemberger Korrespondent teilt uns mit, daß vor dem dortigen Gericht sich einige Beamten wegen Diebstahl eines Waggons Zucker zu verantworten haben. Auf der Anklagebank sitzen unter anderem der Eisenbahnexpeditor Kall und die Beamten Nuchbaum und Lejczynski. Letzterer wurde schon früher von dem Kriegsgericht zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Das ist wirklich interessant! Wie konnte nur der brave Herr Lejczynski, trotzdem er wegen Diebstahl schon 8 Jahre Gefängnis am Konto hat, so ungeniert weiterstehlen?

(Der Mord in den Teschener Polenbaracken.) Wie aus Teschen berichtet wird, haben die bisherigen Nachforschungen über die Ermordung des bekanntlich in einer Seilgrube der Teschener Polenbaracke aufgefundenen Schneidemeisters Kubitschke weiteres belastendes Material zu Tage gefördert. Die Nachforschungen haben ergeben, daß Kubitschke am 15. März mit der Suchauer Eisenbahn nach Teschen fuhr, um daselbst für sein krankes Kind Medikamente zu kaufen. Auf der Rückreise wurde er in der Station Marklowitz von drei bis vier polnischen Burschen aus dem Zuge geschleppt und in der Richtung nach Teschen geführt. Die Burschen, die Kubitschke aus dem Waggon schleppten, führen nach Aussagen von Zeugen im gleichen Weile mit Kubitschke von Teschen mit und belästigten ihn bereits im Waggon. Kubitschke war Mitglied der schlesischen Volkspartei und als solcher bei

vielen polnischen Flüchtlingen aus Schumburg verhaftet. Diese vorläufigen Resultate lassen unzweifelhaft erkennen, daß Kubitschke dem polnischen Haß zum Opfer gefallen ist. Die an der Leiche konstatierten Anzeichen im Gesicht und in der Nierengegend, wie auch die Todesursache hervorgerufen durch Erschütterung in der Jauche, sind deutliche Beweise dafür, daß Kubitschke zuerst verprügelt und dann im bewußtlosen Zustande in die Seilgrube geworfen wurde.

(Wie die Polen die Religion zur nationalen Verhegung mißbrauchen.) Ein evangelischer Schlesiener schreibt dem „Ostschlesier“ aus Stotischau: Die begabten polnischen Agitatoren unter der evangelischen Christlichkeit verstehen es, Politik und Religion zu verbinden und letztere für ihre Zwecke auszunutzen. Sie wissen es durch Einfluß ihrer Vorgesetzten zu erreichen, daß sie in jenen evangelischen Kirchengemeinden, wo Pfarrer und Bevölkerung nicht nach ihrer Pseife tanzen, eines Sonntags den Gottesdienst halten können und nach demselben die Gläubigen zu einer anschließenden politischen Versammlung einladen. So geschah auch in Stotischau am Sonntag, den 25. April, an welchem Tage die ev. Gläubigen durch die Anwesenheit des Pastoren Stonawski aus Teschen und Michajba aus Trzyniez beauftragt wurden. Nach dem Gottesdienste wollten sich die Besucher auch den angesagten Kohl im Rinsaal anhören, weshalb der Saal dicht gefüllt war. Vielversprechend war die Wahl der Vortragenden. Ein Altpole schlug den früheren Nordmärker und jetzigen polnischen Agitator Lehrer Cieslar vor, er aber von seinen Gefinnungsanhängern abgelehnt wurde, wonach Bürgermeister Widma aus Mienzdriesch den Vorsitz übernahm. Die wenig interessante Rede eines Trzyniezer Arbeiters wurde noch geduldig ertragen. Als aber Pastor Michajba seinen Seelenfang beginnen wollte, fanden unsere waderen Schlesiener auf und verließen samt dem Vortragenden die Versammlung. Zurück blieben die Redner und eine Handvoll ihrer Genossen, die lange Gesichter machten. Wie besorgene Fudel zogen die abgebliebenen Gäste zum Bahnhof und das Trauergesicht gab ihnen einige Mitglieder der polnischen Plebiszittkommission. Nach der Niederlage des Vikar Grycz nun auch noch die Blamoge des Pfarrers Michajba! Nun haben sie wohl genug und geben uns Ruhe.

(Die Behörden sind dem Banditenunwesen gegenüber machtlos.) Die Sicherheitszustände in ganz Polen sind bekanntlich trübselig. Die ärgste Unruhe herrscht aber, was garig auch bezeichnend ist, im Warschauer Bezirk, wo die Sicherheitsbehörden gegenüber dem Banditenunwesen sich als absolut machtlos erweisen. So berichteten erst dieser Tage wieder die „Kraukauer Blätter aus Warschau: In Sochaczew fand ein regelrechter Kampf mit Banditen statt, die mit Maschinengewehren, Revolvern und Handgranaten bewaffnet waren. Die Polizei, die die Bande verhaften wollte, wurde von dieser mit Schüssen empfangen, die sie erwiderte. Nach einer längeren Schießerei verjagten die Banditen zu fliehen. Auf der Flucht wurde ein Bandit verwundet und zwei getötet.

(„Wir leiden furchtbare Not . . .“) Wie böse es drüben in Polen mit der Ernährung aussieht, zeigt folgende Anklagekarte. Die eine polnische Mutter in Czestochowa an ihre beiden in Railbor im Dienste stehenden Töchter gerichtet hat und die folgende bezeichnende Stelle enthält, die wir hier in deutscher Uebersetzung wörtlich abdrucken: „Liebe Töchter! Ich bitte Euch, kommt uns holen, denn wir leiden furchtbare Not (Strazna Bieda). Es ist schwer, hier

Beurteilt

Polener Brief.

Vorgelegt: steigende Unzufriedenheit. — Die Ursachen. — Die Forderung. — Konkurrenz mit dem ehemaligen Kongreßpolen.

Der nachstehend wiedergegebene Aufsatz ist nicht etwa einem deutschpolnischen und polenfeindlichen, sondern einem gut polnischen Blatte, nämlich dem „Polenist Gdansk“ entnommen. Der Aufsatz schildert die wachsende Unzufriedenheit der Polen in Polen, ihren Widerstand gegen eine centralistische Vereinigung mit Großpolen und die infolge des polnischen Regimes in den deutschen Abteilungsgebieten entstandenen trübseligen Verhältnisse. Für uns ist dieser Aufsatz besonders interessant, weil er uns ein so deutliches Bild zeigt von der Lage der polnischen Bevölkerung in den deutschen Abteilungsgebieten, wie wir in Ostschlesien zu beobachten hatten, wenn unser Land zu Polen käme. Das polnische Blatt also berichtet aus Polen, Ende April:

Das bezeichnendste Merkmal der hiesigen Lage im gegenwärtigen Augenblick ist die Unzufriedenheit, die fast mit jedem Tage wächst und immer breitere Schichten der Gesellschaft umfaßt. Vom rein psychologischen Standpunkte aus ist dies leicht zu verstehen. Es genügt, die Hoffnungen, mit denen wir die Bildung unserer unabhängigen Staates begrüßten, mit der tatsächlichen Gestaltung der Verhältnisse und Zustände, besonders der Ignoranz, zu vergleichen. Selbstverständlich hätte die Verwirklichung der allzu übertriebenen Hoffnungen warten müssen.

Vor allem kann der ausgebildete, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zum größten Teil aus wenig geeigneten Personen zusammengesetzte Beamtenapparat nicht funktionieren, wie es erwünscht wäre. Ferner müssen auch die Folgen des Weltkrieges, der auch die siegreichen Staaten mehr oder minder stark berührt hat, nachteilig

weise auch unsere Lage beeinflussen. Die Allgemeinheit jedoch sieht dies nicht ein und mit immer größerem Unwillen wendet sie sich gegen jene Faktoren, in denen sie mit Recht oder mit Unrecht die Haupturheber ihrer sich immer verschlechternden Lage erblickt.

Sie wirft vor allem den Staatsbeamten das Fehlen der nötigen Energie im Kampfe mit der Teuerung vor, die eine immer bedrohlichere Ausdehnung annimmt. Dieser Kampf wird immer deutlicher. Es genügt zu sagen, daß in dem Augenblicke, in dem die Behörden für diese oder jene Ware Höchstpreise festsetzen, die Waren vollständig aus dem Verkehr verschwinden. Sollte es in Wirklichkeit kein Mittel geben, diesem gemeinen Schleichhändlerwese ein Ziel zu setzen?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß an der großen Teuerung, die sich steigende Konkurrenz des ehemaligen Kongreßpolens einen großen Teil der Schuld trägt, aus dem seit einiger Zeit nach Polen und überhaupt nach dem Posenschen eine immer größere Anzahl von Personen herbeiströmt, die für jeden Preis alle ihnen nur zugänglichen Waren aufkaufen. Dieses Treiben kann schwer verhindert werden. Man kann sich doch nicht durch eine Zollmauer von anderen Provinzen eines und desselben Staates isolieren.

Diese natürliche Folge dieser Konkurrenz aber ist, daß sämtliche Waren aus den hiesigen Läden verschwinden oder ihre Preise ungewöhnlich schnell in die Höhe steigen. Eine weitere Folge ist, daß sich eine mit jedem Tage, in den breiten Schichten der hiesigen Gesellschaft vergrößende Abneigung gegen die Ankömmlinge aus Kongreßpolen und gegen diese Provinz überhaupt bemerkbar macht. Offenbar trägt zu dieser Abneigung in nicht geringem Maße die starke Beimischung des semitischen Elements (Nahelich! Für die eigene Umverteilung man ja in Polen immer die Juden verantwortlich! Um d. R.) unter den aus Kongreßpolen zu uns kommenden Gästen bei. Diese Abneigung, die manchmal in starken Maß übergeht, ist ein sehr wichtiges Symptom, das unentwärtige Folgen nach sich ziehen kann.

Es ist hier zu betonen, daß die Bestrebungen, sich zu sondern, in unserer Gesellschaft zu stark sind. Wir begegnen ihnen auf jedem Schritt und Tritt, sowohl in öffentlichen und privaten Versammlungen, als auch in der Presse. Der immer mehr sich steigende Wettstreit Kongreßpolens läßt sich übrigens nicht nur durch wirtschaftliche, sondern auch durch politische Rücksichten erklären. Er verleiht diesen Bestrebungen einen neuen und starken Schwung. Daher stößt auch die Nachricht aus Warschau über den Antrag einiger Minister, die eine engere Vereinigung aller Gebiete Polens verlangt, auf einen sehr energiegelben Protest. (Vergl. Meldung unter: Politische Chronik.)

Es ist ferner, heute schon klar voranzusehen, wie sich die hiesigen Verhältnisse in ihrer weiteren Folge entwickeln werden. Augenblicklich erscheint die Lage, trotz der wachsenden Unzufriedenheit, aus dem einfachen Grunde noch nicht allzu bedrohlich, weil die Zahl der radikalen Elemente, die zur Hervorrufung von Unruhen geneigt sind, in unserem Gebiete noch nicht allzugenug ist und daß dadurch diese Elemente keine bedeutende politische und nationale Kraft besitzen. Dabei sind eben diejenigen sozialen Schichten, die am meisten unter der Entwertung der Valuta und der von dort herrührenden Teuerung leiden, wie z. B. die kleinen Kapitalisten, am wenigsten fähig, Unruhen hervorzurufen, sie gehen vielmehr schweigend unter.

Wenn jedoch die Staatsbehörden mit der bisherigen Tatenlosigkeit dem bei uns herrschenden Schleichhändlerwese auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zusehen und keine energischen Gegenmaßnahmen ergreifen werden, so kann die aufgelegene Seite reizen und man muß unentwärtiger Folgen gewärtig sein. Der unaufhörlichen Erhöhung der Gehälter der Staats- und Privatbeamten sowie der Löhne der Arbeiter wird schon aus dem einfachen Grunde nichts entgegengestellt, weil diese Steigerung automatisch eine noch bedeutend größere Preissteigerung auf sämtliche Waren nach sich zieht.

zu leben. Besorgt uns die nötigen Papiere und kommt bald. Aber wir wollen alle dorthin kommen." — Bemerkenswert ist noch der Umstand, daß die Leute ein eigenes Häuschen haben und einen Morgen Acker, dies aber verkaufen wollen. (Die Ansichtskarte stammt aus Deutschland und stellt ein Stimmungsbild aus Thüringen dar, ist also bezeichnend für die Höhe der polnischen Postkartenindustrie. Interessant ist ferner, daß auf der Karte 2 Stück 25 Pfg.-Marken, also 50 Pfg. sind, ein Beweis, wie hoch dort die Postgebühren sind.)

(Eine Krakauer Zeitung gegen Frankreich.) Der „Złoty Kurier“ (Krakauer Kurier) beschuldigt Frankreich, daß es beide Schlesien — Teschen und Oberschlesien — unter seinen wirtschaftlichen Einfluß bringen will. Die Zeitung verlangt, daß die polnische Regierung diese französischen Absichten mit Kraft und Energie bekämpfe; denn ein etwaiger Verlust der Großindustrie in beiden Schlesiens wäre für Polen das größte Verhängnis, insbesondere in wirtschaftlicher Beziehung. Uebrigens befinden sich schon jetzt auch die meisten Industrieanlagen in Polen selber in den Händen des internationalen Kapitals und Polen, der kapitalistische und militärische Staat, ist im Grunde genommen schon heute eine Kolonie Frankreichs.

(Mit welchen Mitteln deutsche Gesinnung bekämpft wird.) Aus Kattowitz in Oberschlesien wird berichtet: Ein polnischer Arbeiter, namens Skrot, aus Zielona, Kr. Lublinski, äußerte im Gasthause zu seinen Dorfbewohnern: „Kauft doch nicht Polen nach, dort ist nichts zu holen. Das wurde dem Herrn v. Zielonacki hinterbracht. Darauf wurde dem Mann, der auch keine Familie auf dem dortigen Gute hat, gekündigt.“

(Sie können ohne Gebrauch der deutschen Sprache nicht antworten!) Der „Dziennik Berlinski“ veröffentlicht mit den Ausdrücken des Entsetzens und der Mißbilligung folgendes: „Der „Gazeta Porannika“ schreibt man: Durch eine Verfügung gibt der Landrat Dr. Wł. Hryniski Beschlüssen über den Gebrauch der deutschen Sprache in der Korrespondenz mit der polnischen Zentralbehörde an den einzelnen Büros und Provinzialbehörden, die ihm unterstehen. Der erste Absatz dieser Verordnung hat folgenden Wortlaut: „Ich verordne daher folgendes: 1. Die Sprache im inneren Dienstverkehr ist zunächst die deutsche. Die deutsche Sprache ist auch in dem Dienstverkehr zwischen der Kommandantur mit den Anstalten und umgekehrt zu gebrauchen.“ Aus dieser Verordnung, die Herr Landrat Wł. Hryniski eigenhändig unterzeichnet hat, geht hervor, daß die Korrespondenz zwischen der Kommandantur und den Provinzialanstalten in deutscher Sprache erfolgen muß. Eine, wie das polnische Blatt sagt, fast unglaubliche Tatsache.“ — Wenn wir noch folgendes hinzufügen möchten: Ohne zwingende Gründe wird der polnische Herr Landrat diese Verfügung nicht erlassen haben. Gibt es doch auch in Schlesien allerlei wütende Polen, die daheim am liebsten deutsch sprechen und nur mit Mühe das polnische entziffern können.

(Deutsche Beamten, merkt es Euch!) Der in Kattowitz erscheinende „Słowa Wieś“ schreibt: Die „Gazeta Porannika“ leidet sich im Vertrauen darauf, daß sich unter ihrer Leserschaft kein Beamter befindet, folgende wörtlich von uns wiedergegebene Beschimpfung: „Die Deutschen rühmen sich immer noch, daß sie die besten Beamten der Welt besitzen. Unser Volk weiß jedoch ganz gut, daß zwischen deutschen Beamten es viele ansehnliche gibt. In Oberschlesien ist die Beschäftigung so verbreitet, wie in Rußland, nur wenige von den Beamten haben in dieser Hinsicht reine Hände.“ — Bekanntlich haben die Polen zum Schanden alle möglichen Beamten-Vereinigungen gegründet. Wenn ein polnischer Agitator auch, deutsche Beamten, zum Eintritt in einen solchen Verein locken will, dann hält ihm diesen Zeitungsausschnitt unter die Nase!

Die Gleichberechtigung der Protestanten in Polen.

Ein merkwürdiges Bild über die deutschen Schulverhältnisse in Polen entwirft die „Evangelische Kirchenzeitung“, der aus Polen berichtet wird:

Nach den Veröffentlichungen der polnischen Regierung im Amtlichen Schulblatt der Provinz Polen vom Jahre 1919 sind während dieses Zeitraumes innerhalb der Demarkationslinie 81 evangelische bzw. paritätische Schulen umgewandelt worden. Diese Zahl gibt aber kein genaues Bild der Umwandlungen; denn uns sind Schulen bekannt, die schon vor Monaten umgewandelt worden sind, deren Umwandlung aber nicht veröffentlicht worden ist. Wir schätzen die Zahl der aufgehobenen deutsch-evangelischen Schulen auf weit über 100. Zu diesen Schulen gehören auch solche, die von deutschen Hausvätern zum Teil mit Hilfe des deutschen Patrons erbaut worden waren und die bei unverändert gebliebener Zahl der deutschen Hausväter auf einen Bestand von mehr als 100 Jahren zurückblicken konnten.

Ein betriebliger Bericht berührt eigentümlich, wenn man ihn mit den vielfachen Beteuerungen der Polen vergleicht, alles beim Alten lassen zu wollen. Noch merkwürdiger erscheint aber eine schon erlassene Verordnung der polnischen Regierung, laut welcher „die Einfuhr von Gebetsbüchern, von pornographischen Büchern und Kinderbüchern verboten“ ist. Ganz abgesehen von der geradezu bedauerlichen Zusammenstellung von Schriften religiösen Inhalts mit gemeinen Schmutzschriften kommt das Verbot bezüglich der „Gebetsbücher“ einer religiösen Ausgrenzung der Evangelischen gleich. Während nämlich die gesamte polnische katholische Literatur im Lande gedruckt wird, besitzen die deutschen evangelischen Gemeinden weder eigene kirchliche Verlagsanstalten noch eine eigene katholische Zeitschrift. Somit sind sie nunmehr fast völlig von der religiösen Literatur Deutschlands abgeschnitten,

zumal wenn man bedenkt, daß nach polnischem Sprachgebrauch unter Gebetsbüchern auch Gebetsbücher verstanden werden.

Der Schwindel mit der Autonomie.

Wortbruch der Warschauer Regierung. — Nicht einmal dem halb polnischen Polen wird die selbständige Verwaltung gelassen.

Wie ja noch in lebhafter Erinnerung, haben polnische Minister, die seinerzeit in Ostschlesien Agitationsreisen unternahmen, die ostschlesische Bevölkerung dadurch zu lockern versucht, indem sie ihr feierlichst versprochen, Ostschlesien werde ebenso (1) wie die von Deutschland abgetretenen Gebiete seine volle Autonomie innerhalb Polens erhalten. Nun aber zeigt die Warschauer Regierung ihr wahres Gesicht. Nachdem die Provinz Polen verzweifelte Anstrengungen macht, um nicht mit der eigentlichen polnischen Republik zentralistisch zusammengeklebt zu werden, setzt sich doch die Warschauer Regierung für die Aufrechterhaltung eines rein zentralistischen Regierungssystems in ganz Polen ein und nicht weniger drei Minister, der Handels-, Landwirtschafts- und Arbeitsminister, haben im polnischen Senat den förmlichen Antrag auf Aufhebung der Posener Autonomie eingebracht. Man ist auch allgemein der Ansicht, daß dieser Antrag trotz des Widerstandes der Posener angenommen werden wird.

Gegen diese Zentralisierungstendenz wendet sich im „Kurier Warszawski“ in einer ironischen Glosse der Journalist dieses Blattes, Herr Władysław Nakiłło. Er schreibt: „Möge das Publikum über den Posenschen Separatismus herfallen, möge es glauben, daß, wenn die Grenze aufgehoben sein wird, es denselben Laib Brot für 2 Mark kaufen wird, für den es heute 40 Mark zahlen muß. Möge der Posensche Gutsherr berechnen, wieviel er bei der Vereinheitlichung der Getreidepreise verdienen kann. Möge der Warschauer Jude verzweifeln darüber, daß man ihm im Posenschen nichts verkaufen will, obgleich seine Taschen mit Maximalkulatur vollgepackt sind.“ — Die Regierung neigte sich aber die Frage stellen, ob sie den regelmäßig funktionierenden Mechanismus Groß-Polens in das wirtschaftliche Chaos Kongress-Polens hineinstürzen darf, ob eine gewaltsame Unifizierung die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht vermindern würde, die doch im bedeutenden Maße die Ernährerin des ganzen Volkes ist, ob es nicht besser wäre, Polen auf die Entwicklungskurve des autonomen Großpolens zu bringen, als Groß-Polen auf die Stufe des heutigen Polens hinabzu stoßen? Früher oder später wird die Stunde des Zentralismus schlagen. Ein Wagnis wäre es aber, die Zeiger auf der Uhr der nationalen Evolution vorzuschieben.

Diese scharfen Worte eines ausnahmsweise wahrheitsliebenden und anständigen Polen treffen den Nagel auf den Kopf, aber doch werden sie keine Wirkung ausüben. Für uns Ostschlesier ist natürlich in erster Linie interessant, einmal an einem praktischen Beispiel zu sehen, wie man in Warschau über die Autonomie der neu angegliederten und wirtschaftlich gut fundierten Länder denkt. Natürlich würde aus unserem Ostschlesien keine Autonomie in Polen gewährt werden und die ruhmlosen Folgen des polnischen Zentralismus bekämen wir auf wirtschaftlichem Gebiete sehr schnell zu spüren. Binnen paar Monaten hätten wir in Ostschlesien die gleich hohen Steuern wie in Polen, die gleich maßlose Teuerung wie Warschau und die gleiche schamlose Verwaltungskorruption und binnen einem Jahre wäre unsere blühende Heimat wirtschaftlich zu Grunde gerichtet!

Sollten wir uns also vor den polnischen Autonomie-Versprechungen. Eben jetzt im Posener Fall zeigen die Polen, daß sie auch vor dem unpopulären Wortbruch nicht zurückschrecken!

DER VOLKSWIRT

Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch.

Keine Verständigung mit Deutschland.

Der seit einigen Wochen zu politischen Informationszwecken in Warschau weilende Mitarbeiter der Berliner „Vossischen Zeitung“ Max Theodor Behrmann berichtet seinem Blatte über die trüben wirtschaftlichen Aussichten Polens folgendes:

Die einheimische Landwirtschaft kann den neuen Staat nicht ernähren, selbst wenn man es versucht, den polnischen Bauern zu einer weit intensiveren Arbeit zu erziehen. Nach wie vor, und noch wesentlich mehr als bisher, wird Polen auf seine Exportindustrie und seinen Transithandel angewiesen sein, und da das Land zum größten Teil nur von seiner Aus- und Durchfuhr leben kann, richtet es seine Blicke nach Rußland und Deutschland. Mit diesen beiden Ländern muß Polen wohl aber über zu einer Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Interessen, zu einer Interessengemeinschaft gelangen, wenn es seine politische und physische Existenz nicht aufs Spiel setzen will. Rußland soll ihm nicht nur die nötigen Rohstoffe liefern, sondern auch die Ganz- und Halbfabrikate abnehmen. Deutschlands Handel aber nach Rußland — und man weiß hier, daß dieser Handel eine Lebensfrage für Deutschland ist — soll und muß nicht durch den künstlich geschaffenen polnischen Korridor in Aufbruchszustand, sondern durch den natürlichen handelsgeographischen Korridor gehen, den der polnische Transithandel zwischen Deutschland und Rußland seit jeher gebildet hat. Die zahllosen großen, kleinen und kleinsten Kommissionäre in der Warschauer Rastawitza (Kurzwaren), in der

Gesetzstraße (Textilien), in der Franziskanerstraße (Felle und Häute), die Jahrzehnte hindurch den Handel Westeuropas mit Rußland vermittelt und dadurch den polnischen Wirtschaftskörper befruchtet haben, können erst wieder in volle Tätigkeit treten mit dem Augenblick, wo durch für alle Teile günstige Momente die polnischen Grenzen nach dem Westen und Osten für den Warenverkehr geöffnet werden. Geschieht dies nicht sehr bald, so droht der jungen Republik ein nicht mehr aufzuhaltender wirtschaftlicher Zusammenbruch. In einem Lande, wo der Kaufwert einer Mark etwa auf der Höhe desjenigen einer Friedenskopeke steht und der Staatshaushalt (für 1920) mit Einnahmen von rund drei Milliarden gegenüber fünfzehn Milliarden Ausgaben rechnet, darf mit einer gründlichen Sanierung auch nicht ein einziger Augenblick mehr gezögert werden. Nur eine wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Interessengemeinschaft könnte diese Gesundung bringen. Daran aber ist nicht zu denken. Denn gerade, was Rußland anbelangt, so herrscht hier zweifellos die größte Nervosität bei der Bemerkung der nächsten Zukunft. Aus rein politischen Gründen verurteilt die Möglichkeit eines wiederaufgerichteten starken Großrußland ein Gefühl tiefen Unbehagens, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber befürchtet man, Deutschland könnte mit diesem neuen Großrußland zu einer Verständigung über Polens Kopf hinweg und auf Kosten des polnischen Wirtschaftslebens gelangen. Gerade weil man hier die Grundlagen der deutschen Industrie und der deutschen Handelstechnik sehr hoch einschätzt, kann man hierzulande die Befürchtung nicht loswerden, daß der polnische Wettbewerb innerhalb Rußlands von überlegener deutscher Seite wesentlich erschwert, ja unter Umständen vielleicht ganz ausgeschaltet werden könnte. Dieser Punkt ist es nach Ansicht maßgebender Kreise in erster Linie, der eine polnisch-deutsche wirtschaftliche Verständigung nicht zustande kommen lassen wird.

Traurige Aussichten für Polen nach dem Friedensschluß mit den Bolschewiken.

„Gonier Krakowski“ (Krakauer) schreibt in seiner Ausgabe Nr. 99 aus Warschau:

Möglich ist eine Stille eingetreten. Die polnische Note ist nach Moskau abgegangen, die Frage, was die Sowjets darauf antworten werden, erwartet nicht viel Neugier, und zwar deswegen, weil niemand glaubt, daß der Friede mit dem bolschewistischen Rußland auch dann noch dauerhaft wäre, wenn Herr Dichtschewin diesen Frieden unterzeichnete und Lenin oder Kamien ihn ratifiziert haben werden. Unter diesem oder jenem Vorwande werden es die Bolschewiken auf die Unantastbarkeit des polnischen Staates abzielen. Man wird also die Grenze besetzt halten müssen. Nur einen Teil des Landes wird man nach Hause schicken können. Der Friede wird nur auf dem Papier unterzeichnet sein, die Kriagsoperationen aber werden nicht aufhören.

Wenig mehr Beruhigung weckt die Frage, welches die wirtschaftlichen Folgen des Friedens sein werden, falls er zustande kommen sollte. Allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß dann die Teuerung infolge des Warenmangels, sich erst recht vergrößern wird. Ein mit den Verhältnissen des Warschauer Marktes sehr gut vertrauter Kaufmann unterrichtet mich gestern darüber, daß schon jetzt große Vorbereitungen für eine Massenausfuhr aller Waren aus Warschau und Kongresspolen nach Rußland getroffen werden. Rußland wird von Banknoten aller Art, die fast keinen Wert besitzen, überflutet werden. Indessen fehlen ihm aber jegliche Artikel des täglichen Gebrauchs. Spekulant können für Waren, die heute noch in Warschau 50 Mark kosten, 10.000 Zarenrubel erhalten. Sie rechnen darauf, daß sie später, wenn sich irgendein Konsortium aus den Gläubigern Rußlands gebildet haben wird, sie aus den Millionen und Milliarden Rubeln aller Arten bedeutend mehr werden heraus schlagen können, als sie für die Ware in Warschau erhalten. Sie machen jetzt schon Bestellungen auf alles, was man in Warschau erhalten kann, indem sie in der zahllosen und sich bei den Verträgen Garantien für die Lieferung der Ware geben lassen.

Es wird soweit kommen, daß ein großer Teil der Läden in Warschau und Lodz werden geschlossen werden müssen, da sie ihre Waren zur Ausfuhr nach Rußland verkauft haben. Sie werden dann keine Ware erhalten oder nur zu so mörderischen Preisen, daß man die Waren wieder nach Rußland ausführen müssen. Das polnische Publikum, das ökonomisch schwächer ist als das russische, wird mit diesem nicht weiterfeiern können. Die Bolschewiken verlangen offenbar die Öffnung der polnischen Grenze für die Ausfuhr von Waren nach Moskau. Unter normalen Bedingungen wäre dies sogar erwünscht. Darin liegt aber der Haken, daß es jetzt keine normalen Verhältnisse gibt. Haben sich unsere maßgebenden Stellen gefragt, was sie zu tun haben und die bolschewistischen Forderungen mit dem Schutze der berechtigten Interessen der polnischen Bevölkerung, sowohl der Konsumenten als auch der Verkäufer, in Einklang zu bringen sind. — Die Ausfuhr kann gegenwärtig nur gegen entsprechende Entschädigungen und in bestimmtem Maße erfolgen? Wie läßt sich diese Angelegenheit Rußland gegenüber darstellen?

Wir stehen vor einer Menge schwieriger Aufgaben.

Deutsche Ostschlesiens!

Forget für weitere Verbreitung unseres Blattes!

Es dient dem Wohle des Volkes!